

# Oberschlesische Zeitung

Sonntagnummer 60000 M.

Das Volksblatt für Stadt und Land

Einzelnummer 50000 M

Ersteinst wertlos. Bezugspreis freibleibend. Ausgabe A mit illustrierter Beilage monatlich 77000 M. Ausgabe B ohne illustrierte Beilage monatlich 76000 M. Anzeigengebühr: Solalanzeigen: Die

Redaktions-Zentrum  
Deuthen 459

Pro fide  
et patria

Geschäftsstellen-Zentrum  
Deuthen 56

10 pagtliche Wollmetzeile oder deren Raum 20000 M. Oberleitlen: 25000 M. Außerhalb Oberleit. 40000 M. Retamezeile mm 75000 M. Redaktion und Geschäftsstelle Deuthen D.-S., Pletzerstraße 9.

## Ungünstiger Eindruck der Rede Poincares in England.

### Neueste Nachrichten.

Wie die Welt am Montag aus parlamentarischen Kreisen hört, hat sich das Kabinet in seiner Sonnabend-Sitzung mit finanziellen Fragen, vor allem mit einer Marktzulassungssatzung beschäftigt.

Wie das „Neue Wiener Tageblatt“ erfährt, ist die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Argentin und Südbrasilien gescheitert.

„Matin“ meldet, daß die Verhandlungen zwischen der französischen und der tschechischen Delegation über den Abschluß eines Handelsabkommens beendet sind.

Der frühere türkische Innenminister Kemal Bey ist verhaftet worden. Er war früher aus Konstantinopel geflüchtet, ist aber gefesselt zurückgeführt. Er wurde unter polizeilicher Bewachung nach Angora gebracht.

Wie Sabas aus Moskau erfährt, hat der französische Senator Monette mit Fischikow, Komarow und Straßin Zusammenkünfte gehabt.

Der in Moskau eingetroffene französische Senator die Monzie gab, wie die russische Telegraphen-Agentur meldet, der Ansicht Ausdruck, daß die Interessen Frankreichs die Unterzeichnung der Sowjetregierung veranlassen.

Nach einer Meldung aus Teheran fanden dort am 10. August antirussische Demonstrationen statt. Eine Menschenmenge von 200 000 Personen zogen vor den Missionen der ausländischen Mächte vorüber und überdachten durch eine Delegation dem sowjetrussischen Bevollmächtigten ihre heftige Sympathie für Sowjetrußland. Der Minister der bestetzten Gebiete Dr. Nuzh hat einen Aufmarsch erlassen.

In Paris ist die Aufführung eines amerikanischen Films verboten worden, weil er für die schwarze Rasse verhetzend sei.

Der Ankauf von Reichsschatzmitteln durch die Reichsbankanstalten hat sich um 20. v. Mts. als bis auf weiteres unverändert zum 300 000-fachen Betrage des Nennwertes statt.

Gold in Münzen und Barren bei Mengen bis einhalb Kilo kein wird für Rechnung des Reiches durch die Reichsbankanstalten bis auf weiteres unter Begrenzung des zuletzt festgesetzten Mittelwertes für Auszahlung Newyork an der Berliner Börse angekauft und zwar zum Preise von 640 Dollar für das Kilo fein. Demnach würden bei einem Dollarmittelkurs von März 3 200 000 für ein Zwanzigmittelfür M. 14 680 000 gezahlt werden. Bei Mengen über einhalb Kilo kein ist der Preis bei den Reichsbankanstalten zu erfragen.

### Poincares „letztes Wort“.

Paris, 18. August. Wie der „Temps“ aus Brüssel meldet, hat der französische Botschafter vorgestern vormittag dem Ministerium des Aeußeren die französische Note überreicht. Nach dem Blatt heißt die Note, daß die Welt dar, und den alleräußersten Verzicht, bis dem Frankreich bereit wäre. Von den 26 Milliarden Goldmark, die Frankreich bekommen müßte, würde nicht ein Sous aufgegeben.

### Russisches Ultimatum an Bulgarien

Sofia, 19. August. Die sowjetrussische Regierung hat an die bulgarische Regierung einen drablonen Protest mit ultimativem Charakter gegen die Ermordung, Verhaftung und Mißhandlung von Sowjetrussland in Bulgarien gerichtet, fordert die strenge Bestrafung der dafür verantwortlichen Behörden und droht mit Gegenmaßnahmen. Der Protest bezieht sich auf die Verhaftung usw. der Mitglieder des sowjetrussischen roten Kreuzes, die wegen der Rückführung russischer Flüchtlinge in Sofia weilen, sich aber schwerer Straftatene delinquenten machten.

London, 20. August. In einem Leitartikel schreibt die Daily News: Poincare hat gezeigt, wie er die Versicherung aus London begrüßt, daß er es besser als Baldwin versteht, welche Politik im wahren Interesse Großbritanniens liege. Dies sei eine Art verberberischer Torheit, die Chamberlain durch seine Angriffe ermutigt habe. Wenn Poincares Rede in Charleville ein Hinweis für seine bevorstehende Note an Großbritannien sei, so sei wenig davon zu erwarten.

London, 20. August. „Daily Chronicle“ schreibt: In England wisse man mehr über die Ursache des Niederganges des englischen Handels, als Poincare und seine gewohnte Methode den Engländern zu sagen, daß er Recht und die Engländer Unrecht hätten, made besonders in einem Falle wie in diesem seinen Eindruck.

London, 20. August. Die Times schreibt: Sollte die getrige Rede Poincares als Vorankündigung anzusehen sein, so könnte angenommen werden, daß die französische Note keinerlei neue Enthüllungen enthalten werde.

Landwirte und die Aehren gefest hätten, und zwar auch Abgeordnete, die am Abstimmungsstage im Hause anwesend waren. Die „Zeit“ erzählt dazu aus den Kreisen der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei folgendes: Diejenigen Mitglieder der Reichstagsfraktion, die sich der Stimme enthalten haben (es kommen vielleicht zwölf Herren in Betracht), haben jedoch durch ihre Abstimmung nicht gegen die große Koalition protestieren wollen, auch nicht dagegen, daß in diesem Augenblicke eine Bewegung auf der Grundlage der großen Koalition beschlossen wurde, noch weniger haben sie daran gedacht oder beabsichtigt, dem Führer der Partei, dem neuen Kanzler, das Vertrauen zurückzugeben, sondern sie haben durch ihre Stimmhaltung lediglich bekunden wollen, daß sie mit der Zusammenlegung des Kabinetts nicht in allen Einzelheiten einverstanden sind.

## Markenbrotverforgung bis 15. Oktober.

### Antilige Meldung.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft trafen gestern die Ernährungs- und Landwirtschaftsminister der Länder zu einer Konferenz zusammen, die sich mit den Schwierigkeiten auf den verschiedenen Gebieten der Ernährung und den für die Verforgung zu treffenden Maßnahmen beschäftigte. Die eingelegten Schwierigkeiten fanden eine eingehende Würdigung in den anschließenden Worten des Reichsministers Dr. Luther sowohl, wie in den Darlegungen der Vertreter der Länder. Im Einzelnen war die Verforgung mit Getreide und Brot, mit Kartoffeln, Zucker, Fett und Milch, besonders Gegenstand der Beratung.

Die Vertreter der Länder stimmten dem Reichsminister darin bei, daß die Markenbrotverforgung vom 15. September bis 15. Oktober verlängert werden soll. Ein entsprechender Antrag ist dem Reichstag zugegangen. Weiter wurde erörtert, ob eine Erhöhung der für das Wirtschaftsjahr 1923/24 in Aussicht genommenen Menge von einer Million Tonnen erforderlich sei, und ob die Verforgung der großen Verbraucherstädte über den 15. Oktober hinaus besonders zu sichern sei. Beide Fragen wurden bejaht. Dabei wurde von einzelnen Ländern eine Erneuerung der Umlage angeregt; dieser Gedanke wurde jedoch von der Mehrheit der Konferenz abgelehnt.

Für die Kartoffelernte sind die Aussichten nach Berichten aus verschiedenen Landesteilen, mit denen die Auffassung der Vertreter der Länder übereinstimmt, nicht ungemüßig. Für eine weitere günstige Entwicklung scheint allerdings warme Witterung notwendig. Eine Haupt Schwierigkeit für die Verforgung liegt nach altschwerer Auffassung auf dem Gebiete der Finanzierung. In dieser Beziehung wurde Mitteilung gemacht von der Gründung einer Kartoffelkreditbank, welche die Finanzierung des Kartoffelhandels sich zur Aufgabe macht. Ferner ist vor kurzem mit den Städten Fällung genommen worden, um zu erreichen, daß sie in Verbindung mit dem präsumptiven Handel gleichfalls die Finanzierung fördern. Eine weitere wichtige Frage für die gute Verforgung mit Kartoffeln ist die Überwindung der Verkehrserschwerungen. Mit dem Verkehrsministerium besteht bereits seit längerer Zeit ein enges Einvernehmen, und im Transporthilfsmittel ist der Verforgung zu beschleunigen. Das Verkehrsministerium wird Kartoffeln und Getreide an erster Stelle befördern. Dabei muß damit gerechnet werden, daß für die Kartoffeln nicht immer genügend Wagen zur Verfügung

stehen werden. Von allen Seiten ist auf schnelle Klärung der Wagen hinzuzusetzen, um die volle Ausnutzung zu ermöglichen. Die Vertreter der Länder stimmten diesen Maßnahmen als zweckdienlich zu. Auf eine Anfrage hinsichtlich der Verbringung der Kartoffeln zu Spiritus erklärte der Reichsminister, daß noch nicht zwei Prozent der vorigen Ernte zu Brennerispropan verwendet worden seien. Die Herstellung von Spiritus zu gewerblichen Zwecken sei eine wirtschaftliche Notwendigkeit, aber die Freigabe von Kartoffeln zu diesem Zwecke würde nur nach sehr sorgfältiger Prüfung erfolgen.

Im Anschluß an die bereits im Juli abgegangenen Verhandlungen über die Zuckerwirtschaft 1923/24 wurde die Zuckererzeugung im laufenden Jahre und die Aussichten für die nächste Ernte eingehend erörtert. In der Aussprache wurde übereinstimmend die Notwendigkeit einer Hebung des Zuckerertrages betont. Daneben wurde die Frage erörtert, ob und auf welche Weise es möglich sei, bei einer Freigabe der Wirtschaft die Zuführung des Zuckers an die Bevölkerung zu sichern und Vorkerkungen gegen übermäßigen Ankauf durch die Zucker verarbeitenden Industrien und gegen die Spekulation mit Zucker zu treffen.

Sehr eingehend wurde dann noch die Frage der Fett- und Milchverforgung behandelt. Die Vorkläre, die in der letzten Zeit bei der Fettverforgung zu Tage getreten sind, sind nach übereinstimmender Auffassung auf den Ankauf an Devisen zurückzuführen. Die Bestimmungen des Reichsministeriums in Verbindung mit dem Reichstag, hier Abhilfe zu schaffen, wurden anerkannt. In den letzten Tagen ist eine starke Erleichterung eingetreten, die sich bereits an dem Markte fühlbar macht. Die Konferenz sprach sich einmütig dahin aus, daß für die Verforgung mit den notwendigen Mengen an Fett die Zuteilung von Devisen unbedingt erfolgen müsse, um eine Ergänzung der nicht ausreichenden inländischen Fette zur Verforgung des notwendigen Bedarfs herbeizuführen.

In der Erörterung über die Milchverforgung wurde mehrfach das Bedauern ausgesprochen, daß die Verhältnisse in der Verforgung und die Preisgestaltung im Reich sehr verschiedenartig seien. Es wurde anerkannt, daß die Mittel, die für die Verbilligung zur Verfügung gestellt sind, für einen Teil der Bevölkerung Erleichterung gebracht haben und daß die weitere Bereitstellung derartiger Mittel notwendig erachtet.

### Dr. Hülsserdings Steuerpläne.

Paris, 19. August. Der Berliner Korrespondent der „Chicago Tribune“ wurde vom Reichsfinanzminister Dr. Hülsserdings empfangen, der ihm auf die Frage des Korrespondenten, ob die Vermögens der deutschen Industriellen beschlagnahmt würden, erklärte, es sei an keinerlei Konfiskation gedacht. Dagegen würden die großen Vermögen einer strengen Besteuerung unterworfen werden. Auf die Frage des Korrespondenten, ob Maßnahmen zur Beschlagnahme der Vermögen deutscher Industrieller in ausländischen Banken ge-

triffen würden, verweigerte Dr. Hülsserdings die Antwort. Seine Hauptaufgabe bestehe jetzt in der raschen Durchführung der deutschen Goldanleihe. Im übrigen habe er von dem vorigen Kabinet ein ausgeschiedenes Finanzprogramm geerbt, das in vollem Umlange durchgeführt werden solle.

### Volkspartei und Vertrauensvotum.

Die „Kreuzzeitung“ hat behauptet, daß von den 66 Mitglieder der Deutschen Volkspartei nicht weniger als 22 an der Abstimmung über das Vertrauensvotum für die Regierung nicht teilgenommen hätten. Die „Kreuzzeitung“ betont, daß hauptsächlich die Industriellen, die

### Der Aufruf des Ministers Fuchs.

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Fuchs erläßt folgenden Aufruf: An die Deutschen an Rhein und Ruhr! In schwerster Zeit bin ich dem Ruf des Herrn Reichspräsidenten gefolgt und habe, gestützt auf das Vertrauen der Volksgemeinde, das Amt als Reichsminister für die besetzten Gebiete angetreten. Die Durchführung des neuen Mittelrahmens soll, wie der Herr Reichspräsident in seiner Ansprache festgelegt hat, den besten Gewähr sein, daß die Interessen besonders pfleglich behandelt werden. Durch meine Abstimmung und bisherige Tätigkeit mit dem Rheinland eng verbunden, werde ich auch in der neuen Stellung meine ganze Kraft einsetzen, der in unläßlicher Bedingtheit um die Zukunft des Vaterlandes ringenden Bevölkerung zu helfen, ihrer Not zu steuern, ihre Leiden zu lindern. Ich bitte, das Vertrauen in mich zu setzen, daß nichts unversucht bleiben wird, um das der Wiederherstellung entgegengegangene Leben zu erleichtern. Die nicht abwendbaren Leiden wollen wir gemeinsam tragen und uns vereinigen in der Hoffnung, daß der Tag, der uns einen gerechten Ausgleich bringen wird, der uns Frieden und dem bedröhten Europa die Möglichkeit des Wiederaufbaues geben wird, nicht mehr allzu fern ist. — Je schwerer die Zeit und je größer die Not, um so fester weiß ich die Leute der besetzten Gebiete zum Aushalten zu den Händen. Mit dieser Gewissheit übernehme ich mein Amt.

Wie die Express-Korrespondenzen zuverlässig erfährt, hat der bisherige Staatssekretär für die besetzten Gebiete Dr. Brügger gestern sein Rücktritt ist durch die Anordnung des Staatssekretärs